



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Tim Pargent, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 18/14118, 18/14892

Berichts Antrag: Austausch zwischen bayerischen und britischen Hochschulen trotz Brexit aufrechterhalten

Nachdem als Folge des Austritts des Vereinigten Königreichs (UK) aus der EU (Brexit) das Erasmus-Programm als Fördermöglichkeit und Plattform für einen Austausch mit dem UK wegfällt, wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst schriftlich und mündlich bis spätestens Ende des Jahres 2021 über alternative Pläne zum Studierendenaustausch mit dem UK zu berichten.

Insbesondere folgende Fragen sollen Berücksichtigung finden:

- Wie will die Staatsregierung in Zukunft den studentischen und akademischen Austausch zwischen bayerischen und britischen Hochschulen sicherstellen?
- Welche Maßnahmen sind dahingehend vorgesehen – finanziell, organisatorisch und institutionell?
- Ist eine Alternative zum wegfallenden Erasmus-Programm vorgesehen?
- Welche Möglichkeiten gibt es, die Hochschulen in ihren UK-Stipendienprogrammen zu unterstützen (zum Beispiel „FAUexchange“)?
- Gibt es die Möglichkeit, Studierende über die KfW (KfW = Kreditanstalt für Wiederaufbau) zu unterstützen? Könnten dazu neue Programme aufgelegt werden?
- Wie kann ein Wissensaustausch zwischen Bayern und dem UK auch weiterhin aufrechterhalten oder vorangetrieben werden?
- Welche Hochschul-Partnerprogramme sind nun neben Erasmus noch gefährdet?
- Deutsche Studierende, die länger als sechs Monate an einer britischen Universität studieren wollen, benötigen ab dem Jahr 2021 ein Visum. Wie kann eine Lösung aussehen, damit bayerische Studierende nicht von den künftig geltenden strengeren Visabestimmungen betroffen sein werden?
- Wie können weitere solche administrativen Hürden möglichst klein gehalten werden?
- Wie können wir Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem UK auch weiterhin bestmögliche Anreize schaffen, ihre Expertise nach Bayern zu tragen?

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident